

Antrag 16/1/2022

AfA Tempelhof-Schöneberg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Kein Outsourcing und keine tariffreien Bereiche an der Freien Universität

1 Der SPD-Landesparteitag fordert den SPD-Landesvorstand, die SPD-Fraktion im Abgeordneten-
2 haus und die SPD-Mitglieder im Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die von der Freien Uni-
3 versität Berlin (FU) beabsichtigte Errichtung der „GWI - Gesellschaft Wissenschaft und Inno-
4 vation Berlin mbH“ nicht vom zuständigen Mitglied des Senats genehmigt wird. Sofern eine
5 Genehmigung doch erfolgen sollte, ist zu verhindern, dass es zur Ausgliederung von Aufga-
6 ben und damit Personal aus der FU in diese GmbH kommt. Darüber hinaus ist sicherzustellen,
7 dass der geplante Geschäftsbetrieb dieser GmbH, z.B. durch Einstellung von eigenem Personal
8 oder der Auftragsvergabe an Subunternehmen nicht zur Tarifflicht und damit zur Verhinde-
9 rung von sicheren, sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Beschäftigungsver-
10 hältnissen führt. Wertschätzung von Arbeit heißt auf Outsourcing zu verzichten. Nur so kann
11 der Anspruch unserer Partei, sich für „gute Arbeit“ einzusetzen, umgesetzt werden.

12 Begründung

13 Die Berliner Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hat sich im Koalitionsver-
14 trag darauf verständigt, dass „die Koalition Aus- und Neugründungen aus öffentlichen Betrie-
15 ben ab(lehnt). Diese dürfen nur sachlich begründet erfolgen. Ausgründungen mit der Folge der
16 Tarifflicht, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Lohndumpings wollen wir
17 schrittweise zurückführen.“

18

19 Mit dem Kuratoriumsbeschluss der Freien Universität (FU) zur Errichtung der „GWI Gesellschaft
20 Wissenschaft und Innovation Berlin mbH“, die u.a. den Zweck „Unterstützung der FU bei (sons-
21 tigen) wissenschaftlichen Dienstleistungen und den Betrieb und Bewirtschaftung technischer
22 Infrastruktur“ haben soll, wird entgegen dem Geist des Koalitionsvertrags gehandelt. Laut Mit-
23 teilung des Gesamtpersonalrats der FU hat die FU die Absicht, die bisherige „Betriebsgesell-
24 schaft ZE Botanischer Garten und Botanischen Museum mbH“ umzuwandeln. Diese Gesell-
25 schaft steht für Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen. Es ist nicht zu akzeptieren,
26 dass die FU, unter dem Deckmantel der Weiterentwicklung eines Innovationsparks auf dem
27 ehemaligen Gelände des US-Militärkrankenhauses an der Fabeckstraße in Lichterfelde (Stand-
28 ortentwicklung FUBIC), es ermöglichen will, dass wissenschaftliche und technische Dienstlei-
29 stungen außerhalb der für die FU geltenden Tarifverträge und sozialen Absicherungen erbracht
30 werden.

Empfehlung der Antragskommission



Annahme (Konsens)